

PKVen abschaffen

Sehr geehrte Frau Kollegin,
sehr geehrter Herr Kollege,

Weihnachten ist die Zeit des Wunschzettels. Und so erfüllt das Bundesgesundheitsministerium mit seinem GOZ-Referentenentwurf den Wunschzettel der privaten Versicherungsbranche. Alle gewünschten Restriktionen der privaten Krankenversicherungen (PKVen) – obwohl manche ober- oder höchstgerichtlich anders entschieden – wurden in die Novelle eingebaut. Scheinbar vergleichbare Leistungen aus Kassen-BEMA und GOZ wurden in ihrer Leistungsbeschreibung vergleichbar gemacht, ebenso die Honorare. „BEMAtisierung der GOZ“ wird das landauf, landab genannt. Exakter wäre: „Sozialisierung der GOZ“. Wieder einmal – genauso wie 1987 beim Übergang von der Bugo-Z zur GOZ – wurde ein Referentenentwurf von zahnärztlichen Laien entwickelt. Auf den zahnärztlichen Sachverstand wurde nur zurückgegriffen, wenn er in das sozialistische Konzept passte. Ein Auto ist eben ein Auto, ein Schrank ein Schrank und ein Pferd ein Pferd. Auf der Basis dieser Erkenntnistiefe ist dann eben nach Ministeriumsmeinung eine Kassenfüllung das Gleiche wie eine Privatfüllung, eine Kassenkrone eine Privatkrone und eine Kassen-Endo eine Privat-Endo. So stand's auf dem Wunschzettel der PKVen und wird von den klammen Kassen der Beihilfestellen unterstützt.

Die Ministerialen haben aber anscheinend bis heute auch den wesentlichen Inhalt des Festzuschussmodells nicht begriffen, ebensowenig die Mehrleistungsvergütung, denn mit diesen SGB V-Instrumenten ist der GOZ-Referentenentwurf nicht kompatibel. Die Beschränkung des § 2 GOZ muss entfallen, und darf nicht Abweichungen nur hinsichtlich der Gebührenhöhe zulassen. Politisch ist dies eine unangemessene Einschränkung der Vertragsfreiheit, verfassungsrechtlich und EU-rechtlich gibt es hierzu eine klare Rechtsprechung. Sie ist auch inkonsequent zur Öffnungsklausel des § 2a. Gerade diese Öffnungsklausel ist strikt abzulehnen: Sie ist ein Eingriff in die Länderkompetenz, zum Beispiel die Angemessenheitsbestimmung in § 15 der Berufsordnung. Sie kollidiert mit Art. 81 Abs. 1 EGV, nämlich dem Verbot wettbewerbsbeschränkender Verhaltensformen. Es ist keine Legitimation durch staatliche Überprüfung gegeben und sie hat Auswirkungen auf bestehende Dienst-



Dr. Janusz Rat
Vorsitzender des Vorstandes
der KZVB

verträge, was die Liquidationsrechte angeht. Vor allem durchbricht sie aber den Verbraucherschutz, um Patienten vor Dumpingpreisen, die die PKV-Branche mithilfe ihrer Marktmacht durchzusetzen vermag, zu schützen. Fachlich entspricht der GOZ-Entwurf nicht dem Stand der Wissenschaft, sondern lässt die Handschrift des Sozialgesetzbuchs, insbesondere des Wirtschaftlichkeitsgebots, erkennen. Die Gebührenhöhe schließlich ist ein Affront gegen den zahnärztlichen Berufsstand, wenn bezogen auf das Jahr 1988 die Gebühren nunmehr 2008 halbiert werden. Auch der Referentenentwurf zielt auf eine Abschaffung der PKVen, denn für einen Krankenversicherungsschutz auf diesem Niveau braucht man keine PKVen mehr. Das haben wohl die PKVen naiverweise bei ihrer Mitwirkung am Referentenentwurf selbst nicht durchschaut.

Die Privatzahnheilkunde in Deutschland hat einen immens hohen internationalen Stellenwert. Sie ist die Benchmark für die Zahnheilkunde schlechthin. Sie ist der treibende Motor für die wissenschaftliche Weiterentwicklung. Sie ist die Innovationstriebfeder in der Medizintechnik. Sie ist ein Importfaktor für anspruchsvolle Patienten aus dem Ausland. Sie ist aber auch inzwischen zu einem wesentlichen betriebswirtschaftlichen Faktor geworden, der auch hilft, den Sicherstellungsauftrag im Sinne einer flächendeckenden, wohnortnahen Versorgung – auch durch die Vertragszahnärzte – zu erfüllen.

In der Hoffnung auf einen klügeren Weihnachtsmann wünsche ich Ihnen besinnliche Festtage.

Ihr